

## **Berufliche Vorsorge, Erste und Dritte Säule**

**Art. 122 ff. und 141 ZGB, siehe auch FZG, AHVG, BVG**

### **(1) Scheidung vor Eintritt des Vorsorgefalls**

#### **Pensionskassenguthaben und Scheidung**

Eheleute sind meist in unterschiedlichem Umfang erwerbstätig und für die Kinderbetreuung zuständig. Bei einer Scheidung werden deshalb die während der Ehe erworbenen Austrittsleistungen geteilt.

#### **Hälftige Teilung der Pensionskassenguthaben**

Jeder Ehegatte hat von Gesetzes wegen einen Anspruch auf die Hälfte der während der Ehe erwirtschafteten Austrittsleistungen.

#### **Was ist, wenn die Eheleute schon längere Zeit getrennt leben?**

Faktisches oder gerichtliches Getrenntleben hat auf die hälftige Teilung keinen Einfluss. Für die Berechnung der Ansprüche wird auf die Ehedauer abgestellt.

#### **Berechnung der Ansprüche**

Zunächst sind für jeden Ehegatten die

während der Ehedauer angesparten Vorsorgeguthaben zu bestimmen.

Hierzu sind die Austrittsleistungen im Zeitpunkt der Heirat und diejenigen im Zeitpunkt des Scheidungsurteils festzustellen. Danach wird der während der Ehe auf den entsprechenden Austrittsleistungen aufgelaufene Zins bestimmt und zu dieser Austrittsleistung hinzu addiert.

Das jeweilige Ergebnis ist in einem nächsten Schritt bei beiden Ehegatten durch zwei zu dividieren. Jeder Ehegatte hat Anspruch auf die Hälfte seines eigenen Betrags und jenen des anderen. Stehen beiden Ehegatten gegenseitige Ansprüche zu, ist in einem letzten Schritt der Differenzbetrag zu bestimmen und zu teilen.

#### **Notwendige Unterlagen**

Damit das Gericht den Vorsorgeausgleich anweisen kann, bedarf es von den beteiligten Pensionskassen bzw. Freizügigkeitseinrichtungen einer Bestätigung

- über das während der Ehe geäußerte Vorsorgeguthaben und
- über die Durchführbarkeit der Teilung.

#### **Anweisung des Gerichts**

Das Gericht weist die beteiligten Pensionskassen bzw. eine von ihnen im Urteil sodann an, den Ausgleich vorzunehmen: Das Scheidungsgericht

stellt der Vorsorgeeinrichtung des Schuldners nach Eintritt der formellen Rechtskraft von Amtes wegen einen Auszug des Urteilsdispositivs mit den sie betreffenden Punkten zu und verpflichtet diese zur Überweisung des festgesetzten Betrags.

#### **Auszahlung des Anspruchs**

Den zugesprochenen Betrag darf die Vorsorgeeinrichtung nicht in bar auszahlen. Vielmehr bleibt der Betrag für die Vorsorge gebunden und wird der Vorsorgeeinrichtung des Berechtigten überwiesen.

Hat ein Ehegatte keine Pensionskasse und auch kein Freizügigkeitskonto, so ist ein solches einzurichten.

#### **Scheidungskonvention**

Enthält eine Scheidungskonvention einen Betrag, kann regelmässig keine genaue hälftige Teilung erfolgen, da zwischen dem Einreichen der Konvention und dem Scheidungsurteil eine nicht absehbare Zeit verstreicht.

Aus Praktikabilitätsgründen ist es trotzdem möglich, eine Konvention mit einem genauen Betrag einzureichen. Das Gericht hat sodann den Betrag nach zu rechnen und zu prüfen, ob er mit der hälftigen Teilung vereinbar ist.

Weicht der festgelegte Betrag erheblich von der Hälfte ab, liegt ein Teilverzicht vor. In einem solchen Fall hat das Gericht zu prüfen, ob die für einen Teilverzicht erforderlichen Kriterien vorliegen und es sich demnach um einen gültigen Verzicht handelt.

Da eine solche Überprüfung des Betrages nur möglich ist, wenn das Gericht die einzelnen Angaben der Vorsorgeeinrichtungen kennt, haben die Parteien trotz Einigung auf einen bestimmten Betrag die Bestätigungen der Vorsorgeeinrichtungen dem Gericht einzureichen.

#### **Verzicht auf die hälftige Teilung durch die Parteien**

Ein ganz oder teilweiser Verzicht der Altersvorsorge wird nur in Ausnahmefällen genehmigt: Dieser ist nur zulässig, wenn im Scheidungszeitpunkt eine entsprechende Alters- und Invalidenvorsorge auf andere Weise gewährleistet ist. Eine solche ist dann gewährleistet, wenn sie von gleichwertiger Qualität und Sicherheit wie der primäre Anspruch der Alters- und Invalidenvorsorge ist.

Ausreichend sind beispielsweise

- eine genügende zweite Säule des Verzichtenden,
- ein genügendes Guthaben in der unwiderruflich gebundenen Säule 3a oder
- eine Zusprechung lebenslänglicher periodischer Unterhaltsbeiträge, sofern sie nicht an Wiederverheiratungs- oder Konkubinatsklauseln gebunden sind.

Nicht ausreichend sind Sparhefte oder Guthaben in der Säule 3b.

Da das Gericht von Amtes wegen zu prüfen hat, ob eine angemessene Vorsorge besteht und ob entsprechend die Konvention mit dem Verzicht genehmigt werden kann, sind die

Bestätigungen über die Höhe der Guthaben sowie die weiteren Belege einzureichen.

#### **Ausschluss der hälftigen Teilung im Voraus nicht möglich**

Es ist deshalb nicht möglich, im Voraus oder ausserhalb des konkreten Scheidungsverfahrens auf die Aufteilung der Vorsorgeleistungen zu verzichten.

Entsprechende Bestimmungen im Ehevertrag wären ungültig. Auch eine vereinbarte Gütertrennung ändert daran nichts, da Austrittsleistungen unabhängig vom Güterstand zu teilen sind.

#### **Verweigerung der Teilung durch das Gericht**

Sodann kann das Gericht von Amtes wegen die Teilung auch ganz oder teilweise verweigern, wenn diese aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung oder der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Scheidung offensichtlich unbillig wäre.

#### **Uneinigkeit der Ehegatten über die Teilung der Austrittsleistungen**

Bei Einigkeit der Ehegatten über die Teilung der Austrittsleistungen entscheidet das Scheidungsgericht, wie oben ausgeführt, über die Höhe der Beträge gestützt auf die Auskünfte der Vorsorgeeinrichtungen.

Sind sich die Ehegatte jedoch nicht einig, urteilt der Scheidungsrichter lediglich über die prozentuale Verteilung der Austrittsleistungen (nicht aber über einen bestimmten Betrag). Anschliessend überweist er nach Eintritt

der Rechtskraft des Scheidungsurteils den Rechtsstreit an das Sozialversicherungsgericht, welches den konkreten Betrag festlegt.

#### **Dritte Säule**

Die dritte Säule fällt nicht in den Geltungsbereich der entsprechenden Bestimmungen und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine steuerprivilegierte Vorsorge (sog. Säule 3a) oder um eine andere Form der privaten Vorsorge (sog. Säule 3b) handelt.

Für diese gilt das Güterrecht.

#### **Erste Säule**

Hier kommt das Ehegattensplitting zur Anwendung.

Falls es die geschiedenen Ehegatten unterlassen, das Verfahren zur Einkommensteilung einzuleiten, nehmen die Ausgleichskassen spätestens im Zeitpunkt der Rentenberechnung automatisch ein Splitting vor. Es wird jedoch empfohlen, die Anmeldung gemeinsam und möglichst unmittelbar nach der Scheidung einzureichen. Dadurch kann das Verfahren rasch und zuverlässig durchgeführt werden, wodurch Verzögerungen bei der späteren Rentenberechnung vermieden werden.

## **(2) Scheidung nach Eintritt des Vorsorgefalls**

### **Teilung der Austrittsleistungen nicht mehr möglich**

Anders zu behandeln sind die Fälle,

- bei denen bei einem oder beiden Ehegatten ein Vorsorgefall eingetreten ist oder
- die Teilung der Austrittsleistungen aus anderen Gründen nicht mehr möglich ist.

Zu den Vorsorgefällen zählen die Verwirklichung der Risiken Invalidität und Alter, zu den anderen Gründen zählen unter anderem Barauszahlungen im Zusammenhang mit dem definitiven Verlassen der Schweiz, Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit oder Barbezug für Wohneigentum.

### **Entschädigung**

In diesen Fälle ist grundsätzlich eine angemessene Entschädigung geschuldet.

Ob und in welcher Höhe im konkreten Fall eine Entschädigung geschuldet ist, haben die Gerichte nach eigenem Ermessen aufgrund der Umstände des Einzelfalls zu beurteilen.

## **(3) Vorbezug für Wohneigentum**

Wie soeben ausgeführt, besteht die Möglichkeit, Vorsorgeguthaben für den Kauf einer Wohnung einzusetzen.

Im Fall eines Vorbezugs werden die Vorsorgeleistungen gekürzt, doch bleiben die bezogenen Gelder für die

Vorsorge gebunden. Konkret bedeutet dies, dass bei Verkauf des Wohneigentums die Rückzahlung obligatorisch ist. Diese Verfügungsbeschränkung wird im Grundbuch angemerkt. Zu beachten ist, dass der Vorbezug durch verheiratete Versicherte nur zulässig ist, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt.

Meilen, 11. März 2009

Weitere Exemplare des vorliegenden *Gewusst wie* finden Sie unter [www.duribonin.ch](http://www.duribonin.ch).

Lic.iur. Duri Bonin  
Ormisrain 7  
8706 Meilen

[anwalt@duribonin.ch](mailto:anwalt@duribonin.ch)  
[www.duribonin.ch](http://www.duribonin.ch)

Telefon 044 923 2616  
Telefax 044 923 2617